

Verletzte bei heftigen Protesten gegen die Armut in Bosnien

Wachsende Wut auf die als korrupt und unfähig empfundene politische Klasse über die ethnischen Grenzen hinweg

Demonstranten haben in Bosnien drei Gebäude von Kantonsregierungen in Brand gesetzt. Die Proteste richten sich gegen die Regierenden und werden von der wachsenden Armut ge nährt.

Andreas Ernst, Belgrad

Bei Ausschreitungen in mehreren bosnischen Städten haben Demonstranten Regierungsgebäude angegriffen. In Tuzla, Sarajevo und Zenica legten Protestierende Feuer, nachdem sich die Polizei zurückgezogen hatte. Nach Medienberichten waren in Tuzla - dem Ausgangspunkt der Unruhen - gegen 10 000 Bürger auf der Strasse. Der Ministerpräsident des Kantons trat am Freitag zurück. Es ist bereits der dritte Tag, an dem gegen Arbeitslosigkeit, Armut, kriminelle Privatisierungen und die Regierenden protestiert wurde.

Kritik an Privatisierungen

Am Mittwoch waren zuerst Arbeitslose auf die Strasse gegangen und hatten ihre Wiedereinstellung sowie die Auszahlung ausstehender Löhne verlangt. Ihnen schlossen sich Arbeiter, Studenten und Schüler, später auch deren Eltern an. Am Donnerstag war es erstmals zu Zusammenstössen zwischen den Demonstranten und der Polizei gekommen, als die Menge den Sitz der Kantonsregierung von Tuzla angriff. Dabei wurden etwa 200 Personen verletzt, zumeist Polizisten. Medienberichte, wonach Demonstranten ein Einkaufszentrum geplündert hätten, wurden später dementiert. Sie seien keine Hooligans, sondern empörte Bürger, sagten Teilnehmer des Protestes den Medien.

Tuzla ist eine traditionelle Industriestadt im Nordosten des Landes. Zu jugoslawischen Zeiten war sie bekannt für ihre Chemie-, Möbel- und Schwerindustrie. Davon sind nur noch Überreste vorhanden. In den letzten Jahren waren vier grosse Staatsfirmen privatisiert und danach geschlossen worden. Ein Aktivist aus Tuzla erwähnt das Beispiel der Chemiefabrik Dita, die Reinigungsmittel herstellte. Im Jahr 2007 wurde sie von einer privaten Firma aus Belgrad gekauft. Statt dass Investitionen vorgenommen wurden, fuhren die neuen Eigentümer die Produktion systematisch herunter. Im Jahr 2012 seien die Arbeiter ausgesperrt worden, ohne dass fällige Löhne und Einzahlungen in die Pensionskassen überwiesen worden seien. Die Arbeitslosigkeit im Land beträgt über 40 Prozent, bei Schulabgängern ist sie noch höher.

hi anderen Städten des Landes haben seither Solidaritätskundgebungen stattgefunden, etwa in Sarajevo, Bihac, Prijedor und Banja Luka. Soziale

Netzwerke wie Facebook und Twitter spielen eine grosse Rolle bei der Mobilisierung und Berichterstattung über den Protest. In vielen Foren wird betont, dass dies ein Protest «von unten» sei, aus der Bürgerschaft und gegen Regierende und gegen «wilde Kapitalisten» gerichtet - jenseits aller ethnischen Zugehörigkeiten. Viele hoffen, dass diese Mobilisierung das Signal für einen «bosnischen Frühling» sei, der die verkrusteten politischen Strukturen des fragmentierten Landes aufbrechen werde.

«Jetzt ist es genug»

Es ist innerhalb weniger Monate bereits das zweite Mal, dass in Bosnien eine nicht ethnische politische Mobilisierung stattfindet. Im letzten Sommer war eine Protestwelle über das ganze Land geschwappt, weil keine Reisedokumente mehr ausgestellt worden waren. Die Politiker der beiden Landesteile hatten sich nicht auf ein Vei___fahren für die Ausgabe von Personalnummern einigen können. «Jetzt ist es genug», zitieren die Medien einen Demonstranten. «Zwanzig Jahre haben wir geschlafen.» Niemand weiss, ob diese Bewegung zu jenem Frühlingserwachen führt, auf das so viele hoffen. Doch die Prägungen durch den Krieg und das vollständig auf ethnischen Prinzipien beruhende politische System sind stark. Solange sich der Protest gegen «die da oben» richtet, gegen Armut und Korruption, ist der Konsens zwischen den Volksgruppen durchaus möglich. Sobald aber weiterführende Ziele formuliert werden müssen und aus der spontanen Bewegung eine schlagkräftige Organisation geschmiedet werden muss, wird es schwierig.

Die politischen Eliten in den Landesteilen und die ihnen ergebenen Medien ziehen sofort die «ethnische Karte». Sie schüren die Angst, dass eine Majorisierung durch die Mehrheit drohe oder die Sezession durch die Minderheit. Mit dieser Herrschaftstechnik hat sich die politische Kaste seit dem Krieg fast zwanzig Jahre lang an der Macht gehalten. Nicht zufällig betonen die Demonstranten in Banja Luka, der Hauptstadt des serbischen Landesteils, sie kämpften ausschliesslich gegen soziale Ungerechtigkeit und stellten die politische Ordnung nicht infrage. Dennoch, die Zeit arbeitet gegen dieses Machtkartell. Denn es scheint unmöglich, dass diese Politiker in der Lage sind, das Abrutschen weiterer Bevölkerungskreise in die Armut zu verhindern und die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung bleibt prekär. Ein Drittel der Bevölkerung lebt knapp über oder unter der Armutsgrenze.